Die Lage der Arbeitsinvaliden und Armenunterstützungsempfänger

Von Johs. Lüneburg, Verbandsvorsitzender

Die Vorpreiserhöhung, die neue Teuerungswelle, haben die Arbeits- und Zivilinvaliden, Invalidenrentner, Unfallverletzten, Armenunterstützungsempfänger, Geburtsinvaliden usw. und deren Angehörige in ein nicht mehr zu überbietendes Höchstmaß der Verelendung gebracht. Der anhaltenden Steigerung der Teuerung und der Markentwertung drohen diese Kreise fast völlig zu erliegen. Das, was als letztes Bollwerk in dem brutalen Daseinskampf dem Menschen noch gegeben ist, seine Erwerbs-, seine körperliche Widerstandskraft, dieses kostbare Besitztum, ist diesen unglücklichen Menschen zum allergrößten Teil verloren gegangen. Sie können nicht streiken, sie sind zur völligen Ohnmacht verurteilt und den Anschauungen und Maßnahmen der machthabenden Kreise gänzlich überliefert. Selbst das, was man andern leidenden und wirtschaftlich bedrängten Gruppen, den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Erwerbslosen, Wöchnerinnen usw. entsprechend den Ursachen ihres Notstandes zugestehen mußte: die Spezialfürsorge ist den Arbeits- und Zivilinvaliden und deren Hinterbliebenen versagt geblieben. Wer mit seiner 8 M. und weniger täglichen Invaliden- und Unfallrente für seine Familie und sich nicht auszukommen vermag, dem verbleibt als letzte Zuflucht das Armenamt, falls er, losgelöst vom freien Menschentum, gebrochen an Leib und Seele, es schließlich fertig bringt, diesen bitteren neuen Leidensgang zu unternehmen. Ist dann nach wochenlang dauernden Prüfungen seine „Bedürftigkeit" festgestellt, wird er in der glücklichen Lage sein, ein paar Mark täglich mehr zu erhalten.

Die Arbeitsinvaliden und Armenunterstützungsempfänger kommen als produktiv schaffende Glieder der menschlichen Gesellschaft zum größten Teil nicht mehr in Betracht und sind dadurch auch nach der heute noch geltenden Auffassung zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Es liegt die größte menschliche Tragik darin und zeichnet den jetzigen „Kulturstand" außerordentlich, daß Menschen, die ein ganzes Lebensalter im Dienste harter Fronarbeit gestanden haben, unsere alten Väter und Mütter, jetzt, wo sie mit ihren Kräften am Ende sind, vor dem Nichts stehen, ihnen jede Stütze, jeder feste Halt fehlt und sie mit dem Stempel der Minderwertigkeit behaftet als sogenannte Armenrentner oder Almosenempfänger mit vielleicht 100 bis 200 M. monatlicher Gesamtunterstützung — ihre Renten eingerechnet — langsam zugrunde gehen müssen. Die Zahl der staatlich mit mindestens 66⅔ v. H. Erwerbsunfähigkeit anerkannten Zivilinvaliden Deutschlands beträgt mehr als 1½ Millionen, die Gesamtzahl der Sozialrentner 3½ Millionen, dazu kommen die vielen rentenlosen Invaliden, Geburtskrüppel und Armenrentner ohne Sozialrentenanspruch mit rund 1 Million, so daß sich ein Gesamtkreis von 4½ Millionen Menschen ergibt.

Welch eine Fülle von Elend und Not ist in dieser Zahl verzeichnet! Hier tritt uns der Menschheit größter Jammer im schlimmsten Umfange entgegen und wie winzig klein sind die Beträge, die als Renten und Unterstützungsleistungen ausgeworfen werden. Die Gesamtleistung an Renten und Unterstützungen für diese 4½ Millionen Menschen dürfte 3½ Milliarden Mark jährlich nicht überschreiten, während allein die Reichswehr bei einer Kopfzahl von 100 000 eine Ausgabe von über 5 Milliarden Mark jährlich erfordert.

Was kann und muß geschehen, um die schreiende Notlage all dieser Bedauernswerten zu beseitigen und zunächst wenigstens erträglich zu gestalten? Zeitgemäße Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten und sonstige Beihilfen sind abgelehnt worden, u. a. 500 Millionen Mark im Frühjahr und 1 Milliarde Mark im Dezember 1920. Die Versprechungen, die in der Nationalversammlung den Sozialrentnern gegeben worden sind, die Mittel der Einnahmen der sozialen Ausfuhrabgabe für die Sozialrentner zu verwenden, sind einfach nicht gehalten worden. Die Reichsregierung ließ erklären, daß diese Einnahmen für Sozialzwecke, zum Ankauf von ausländischem Brotgetreide, zur Verbilligung des Brotes für alle Kreise verwandt worden sind. Praktisch liegen die Dinge so, daß mit dem Gelde, das für die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen bestimmt war, auch das Brot der Millionäre und anderer bestens gestellter Volksschichten verbilligt worden ist.

Alle Proteste der Organisation der Arbeitsinvaliden, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sozialistischer Volksvertreter, sind erfolglos geblieben, und hier bewahrheitet sich, selbst gegenüber schwer leidenden Menschen, das Wort: „Wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen, was er hat", und all dieses konnte nur geschehen, weil diese unglücklichen Volksgenossen am Boden liegen und macht- und wehrlos sind.

Unter dem Druck der ungeheuren Not wird die Reichsregierung sich dazu verstehen müssen, Hilfsmaßnahmen zu beschließen. Die Veranlassung zu einer automatischen Einsetzung von Hilfsleistungen ist ohne weiteres vorhanden, doch stehen wir bei der bisher gezeigten Aufnahme der Sozialrentner den Handlungen der Reichsregierung sehr skeptisch gegenüber. Obwohl bei den Sozialrentnern und Zivilinvaliden von allen Volksschichten immer das größte Elend sich konzentrierte, hat man hier immer zuletzt und dabei in ganz minimalen Grenzen geholfen. Die Reichsregierung hat bisher den Grundsatz verfolgt, die Leistungen in Form von Invaliden-, Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenrenten fast nur durch Beitragsleistungen innerhalb dieser Versicherungszweige aufzubringen. Wir verlangen, daß ein guter Teil der Erträgnisse der Besitz-, Luxus-, Dividenden- usw. Steuern zur Linderung der Not der Sozialrentner, Invaliden, Witwen und Waisen in Form einer ergänzenden Reichsfürsorge verwandt werden. Das Reich hat in der ergänzenden Fürsorge für diese Kreise völlig versagt und es muß jetzt endlich ein andrer Weg beschritten werden. Das neugeregelte Invalidenversicherungsgesetz, das erhöhte Beitragsleistungen vom 1. Oktober an vorsieht, dessen Rentenleistungen jedoch nur erst für die Neuinvaliden, für diejenigen, die vielleicht in fünf oder zehn Jahren Invaliden werden, in Betracht kommen, ist durch die neue Teuerungswelle bereits wieder überholt worden. Abwartens, bis wieder neue Beiträge und Leistungen in der Invaliden- oder Unfallversicherung vom Reichstag festgesetzt sind, ist unmöglich. Rasches Handeln ist jetzt eine gebieterische, soziale Pflicht und muß automatisch eine mindestens 100 prozentige Erhöhung der Invaliden-, Alters-, Unfall-, Knappschafts- und Hinterbliebenenrenten aus allgemeinen Reichsmitteln erfolgen. Nur durch diesen Schritt der Tat kommen wir vorwärts, alles Paktieren und langes Verhandeln ist zwecklos. Es muß einmal gezeigt werden, daß die leitenden Volkskreise sich auch einmal derer erinnern, die diese zu den vergessenen und entrechteten Volksgenossen gehörten.

Die Belastung des Reiches durch einen jährlichen Betrag von ungefähr 2½ Milliarden Mark wird im Interesse dieser Kreise mit einem raschen Entschluß schmerzlos durchzuführen sein. Auf der andern Seite wird die gleiche soziale Verpflichtung für die Gemeindeverwaltungen vorliegen, auch in ihrem Bereich die bisher gewährten Armenunterstützungssätze um mindestens 100 v. H. zu erhöhen. Auch die einzelnen Länder werden in ihrem Teil helfen können, und sei an der Beispiel des Freistaates Sachsen erinnert, dessen Volkskammer den Betrag von 25 Millionen Mark als einmalige Beihilfe den Arbeits- und Zivilinvaliden und Hinterbliebenen bewilligte.

Außerdem wird das Problem der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte intensiv in Angriff genommen werden müssen. Das Reich hat auf diesem Gebiete bisher nichts getan. Der Beschluß des Reichstages auf Grund des Antrages des Volkswirtschaftlichen Ausschusses vom 7. Juli d. J., Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit Hilfe der Länder und Gemeinden auch für Werkstätten der Zivilrentenempfänger zu verwenden, liegt noch zur weiteren Ausführung dem Reichsarbeitsministerium vor. Auch hier ist es notwendig, daß einmal ein rascheres Tempo zum Heile dieser Unglücklichen eingeschlagen wird, denn auch die noch teilweise erwerbsfähigen Invaliden wollen in erster Linie gar keine Almosen oder Unterstützungen, sie verlangen die Zuweisung von passender Arbeit entsprechend ihren Fähigkeiten, denn auch sie, soweit sie noch im besten Menschenalter stehen, und ihr Lebensabend nicht gekommen ist, sind bestrebt, ihre kulturellen Pflichten durch Arbeitsleistungen zum Wohle der Allgemeinheit zu erfüllen.

Das Einigungsproblem

Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D., die sich mit der Stellung zum bevorstehenden Parteitag beschäftigte, hat eine Entschließung als Antrag zum Parteitag angenommen, die folgendes Wortlaut hat:

„Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeinigten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der klassenbewußten Arbeiterschaft gegenübertreten kann.

Um aber Erfolge in einem solchen Kampfe zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die Grundsätze und Taktik innere Gegensätze vorhanden sind. Ja, es steht zu befürchten, daß eine in bester Absicht voreilig zusammengeeinigte Partei dadurch vollkommen aktionslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jeder neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu heftigen inneren Kämpfen führen.

Wer den maßgebenden Einfluß der Versicherten,

die bislang dafür gut waren, nur Beiträge zu zahlen, ohne in der Verwaltung ein Wort mitreden zu können, haben will, der wähle bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung

nur die Liste des Afa-Bundes.

Bevor daher zwischen den zur Zeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interesse den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberstehen.

Zwischen diesen Interessen kann es kein Ueberbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der U. S. P. D. als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist.

Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mittaten jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gesunden Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe entfalten."

Diese Entschließung besagt, daß die Unabhängigen sich noch immer auf dem halben Wege ihrer Entwicklung befinden. In einer Zeit, in der es gilt, durch konsequente Erringung von Machtpositionen die Stellung der Arbeiterklasse zu befestigen, ist es unmöglich, gleichzeitig von einer Arbeiterpartei absolute Abstinenz bezüglich der Koalition mit bürgerlichen Parteien zu fordern. Die Unabhängigen selbst haben diese Konsequenz nicht gezogen, indem sie durch wohlwollende Neutralität indirekt die Politik des gegenwärtigen Reichskabinetts unterstützen. Es ist oft betont worden, daß die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien für keinen Sozialisten eine Freude bedeutet. Gerade die Politik der Unabhängigen aber ist zum großen Teil daran schuld, daß die Sozialdemokratische Partei diesen Kurs einschlagen mußte.

Briefkasten

Kaufbach. G. W. Ja, er muß sie aber dem Besitzer aushändigen.

E. K. 13. Sie meinen gewiß die Kapitalertragssteuer, die, wenn Sie über 60 Jahre alt sind, auf die Einkommensteuer angerechnet wird.

A. F. T. Von dem Steuerbetrage (10 Prozent des Wochenlohns) gehen ab: 4,80 M. für den Steuerpflichtigen, 4,80 M. für die Ehefrau, 7,20 M. für jedes Kind unter 17 Jahren und ohne eigenes Einkommen und 16,80 M. Werbungskosten. In Ihrem Falle (4 Kinder) verringert sich also der Steuerabzug um 49,20 M. Der Steuerabzug wird auch in Wochen, in die ein Feiertag fällt, für 6 Tage berechnet.

Spiel * Sport * Körperpflege

Der Arbeiter-Athletenbund

Der Arbeiter-Athletenbund ist im Rahmen der Arbeitersportverbände die jüngste Organisation und hat agitatorisch das schwierigste Feld zu bearbeiten. Materialismus, Streberium und Eigennutz haben eine Unmenge von kleinen Lokalorganisationen geschaffen, die alles andre denn Vereinigungen der Leibesübungen waren. Solche bestanden etwa 40, denen der Kontakt mit der Arbeiterschaft vollkommen fehlte, auch wenn als äußere Dekoration die „Freie Vereinigung" firmierte. Schon in diesem Zustand der organischen Zerrissenheit in unserm Sport war die Nichtachtung aller Kreise begründet. Im Jahre 1906 wurde in Berlin von einigen Vereinen mit ein paar hundert Mitgliedern der Arbeiter-Athletenbund gegründet, der innerer Schwierigkeiten halber nicht sonderlich an Boden gewinnen konnte. 1910 siedelte die Bundesleitung nach Magdeburg über, und damit setzte eine planmäßige Agitation über ganz Deutschland ein. Bei Kriegsausbruch hatte der Bund eine obligatorische Zeitung. Unfallunterstützung und einen angestellten Geschäftsführer, bei 200 Vereinen mit 8000 Mitglieder.

Dann kam die Katastrophe. Durch das Fehlen eines älteren Stammes von Mitgliedern und der Jugend wurde jede Verbindung zerrissen und der Sportbetrieb fast überall eingestellt.

Als im Dezember 1918 die Morgenröte einer neuen Zeit schien, kam ein Verein nach dem andern wieder zum Leben; alle suchten wieder die Sportvereine und die Geselligkeit auf, die draußen in jahrelangem Wüten, Morden und Hungern bitter entbehrt werden mußten. Die Bezirke und Kreise wurden wieder gebildet, die Zeitung erschien und neues Leben wuchs aus den Ruinen. Nach einjähriger Tätigkeit musterten wir in 350 Vereinen 18 000 Mitglieder. Der Bundestag 1920 atmete Arbeits- und Schaffenskraft und beschloß, neben der obligatorischen Bundeszeitung eine fachtechnische illustrierte Monatszeitung herauszugeben. Am Ende des Jahres 1920 war die Mitgliederzahl auf 550 Vereine mit 27 000 Mitgliedern gestiegen, und zur Zeit sind die 30 000 längst überholt.

Mit dem Anwachsen der Organisation ist auch die Hebung des Sportbetriebes Hand in Hand gegangen. Es dominiert nicht mehr das veraltete Spezialistentum mit seinen unschönen Auswüchsen, sondern ein vielseitiger Sport- und Spielbetrieb, Massen- und Musterriegen erfreuen jung und alt. Auch der athletische Sport erhebt Anspruch darauf, in Reih und Glied mit den andern für die Hebung der Volkskraft zu wirken, gesunde Körper zu schaffen, die einen gesunden Geist voraussetzt.

Ein erfolgreicher Kursus im Bezirk Dresden vom Arbeiter-Turn- und -Sportbund

Der von Turnern, Turnerinnen, Sportlern und Fußballern besuchte sechstägige Kursus, insgesamt 46 Teilnehmer, über Anatomie, Physiologie des menschlichen Körpers, unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkung der Muskeln beim Sport auf den Körper, erreichte am 19. Dezember 1921 sein Ende. Gern hätten die aufmerksamen, wissensdurstigen und regelmäßig bis zur letzten Stunde erschienenen Kursisten diesen Kursus weiter fortgesetzt, doch die verabredete Zeit war zu Ende und ein neuer Kursus über Sportmassage soll beginnen. Der Sozialhygieniker Prof. Dr. Hueppe, eine Autorität auf diesem Gebiete, verstand es, die Hörer stark zu fesseln und in den Bau des menschlichen Körpers gut einzuführen. Der erste Abend war einem Vortrage über die körperliche Erziehung der Kinder und Jugend gewidmet, und war einer der interessantesten; vielleicht könnte er einmal vor Kinderturnwarten und Vorturnern in größerer Anzahl wiederholt werden. An der Hand eines Skeletts, welches das Wettiner-Gymnasium zur Verfügung gestellt hatte, erläuterte der Vortragende eingehend das Knochengerüst des Körpers, um dann zur Erläuterung des gesamten Muskelsystems und zur Arbeit der einzelnen Muskeln beim Sport überzugehen. Alle Muskeln und Muskelgruppen, welche für die verschiedenen Sportarten hauptsächlich in Frage kommen, wurden erläutert und ihre Einwirkung bei den verschiedensten Körperübungen zum Teil praktisch von Prof. Hueppe vorgeführt. Alle Kursisten sind vollbefriedigt von diesem Vortragskursus und haben sehr viel Neues für die körperliche Erziehung der Jugend gelernt, um es praktisch als Vorturner und Sportler in den Vereinen zu verwerten. An einem besonderen Abend wurde das Hygienemuseum Der Mensch besucht. Herr Prof. Dr. Hueppe hatte in lebensvoller Weise die Führung und Erklärung in den einzelnen Abteilungen der Ausstellung übernommen. Alles Gelernte werden die Kursisten in dem folgenden Sportmassagekursus sehr gut verwenden können.

Richard Kurt.

Fußballresultate vom Sonntag (1. Januar)

Das neue Jahr führte sich am ersten Sportsonntag durch das schlechte Wetter bei der Fußballgemeinde nicht gut ein. Sämtliche Spiele hatten unter Wind und Regen zu leiden.

Helios I — Rustak I 1:1 (0:0), wurde 30 Minuten vor Schluß vom Schiedsrichter wegen Unwetters abgebrochen. Ein flottes, faires Spiel. Beiderseits aber, besonders von Neustadt werden gute Gelegenheiten verpaßt.

D. S. V. konnte **01** hoch mit **7:1 (4:1)** schlagen. Nachdem kurz nach Anfang 01 in Führung ging, zeigte D. S. V. sein Können. 10 muß unbedingt das laute Spielen sein lassen. Fünf Minuten vor Schluß verließen vier Mann das Feld.

Potschappel I — Pieschen I 4:0 (3:0), auch dieses Spiel fiel kurz nach Halbzeit dem Wind und Regenwetter zum Opfer. Pieschen hatte zu Anfang die bessere Seite, doch Potschappel ist gut; man wird wohl diese Mannschaft künftig als Meister der Gruppe B beglückwünschen dürfen. Weit über 1000 Zuschauer.

Deuben I — Zschachwitz I 1:5. Zschachwitz, die technisch bessere Mannschaft, verdiente diesen Sieg.

Radebeul I — Radeberg I 1:2 (0:2). Ein heißer, doch anständig geführter Kampf.

Pirna — Cossmannsdorf. Pirna fand es nicht für nötig, zu berichten.

Weitere Resultate: Potschappel (Alte Herren)—Mockritz 1 0:0, Potschappel 2—Zaucherode 1 4:0, Potschappel 5—Höckendorf 1 6:1, Potschappel 1 (Jug.)—Deidemau 1 (Jug.) 1:1, Radebeul 4—Reichenberg 1 5:0, Deuben 2—Gittersee 2 1:8, nur eine Halbzeit.

Schiedsrichterkursus. Morgen Dienstag, 7 Uhr, findet im Volkshaus eine Prüfung, offen für alle Vereine des Bezirks Dresden, statt.

Potschappel und **Neustadt** haben Sonnabend den 7. Januar **Jahreshauptversammlung.**

Arbeiter-Turn- und Sportbund

2. Gruppe. Wilschdorf-Boxdorf. Dienstag den 3. Januar abends 8 Uhr, im Gasthof Wilschdorf Hauptversammlung.

4. Gruppe. Welschhufe. 3. Januar, 8 Uhr, Sitzung. — **Mockritz-Deuben.** 8. Januar, mittags 1 Uhr, Restaurant Mockritzhöhe, Hauptversammlung. — **Kaitz.** 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, Hauptversammlung.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität

Altstadt. Infolge eingelegten Protestes findet die Bekanntgabe und Verteilung der Preise in der Abteilungsversammlung am 6. Januar, abends 7½ Uhr, statt. Alle Genossinnen und Genossen müssen hierzu erscheinen. — **Kemnitz-Stetzsch.** Mittwoch den 11. Januar, 7½ Uhr, im Lindenhof Versammlung. — **Löbtau.** Freitag den 13. Januar im Bürgergarten Vortrag des Herrn Dr. Schumann. Alle Mitglieder wollen hierzu erscheinen. — **Neustadt.** Mittwoch den 11. Januar im Restaurant Strehle, Gelestraße 8 Versammlung mit Vortrag des Herrn Dr. Schumann. Beginn 7½ Uhr. — **Striesen.** Montag den 9. Januar Versammlung mit Vortrag des Dr. Schumann, in der Eiche. Am 8. Januar Weihnachtsfeier; Anfang 3 Uhr. — **Kaditz.** Sonnabend den 14. Januar im Schützenhof Trachau Weihnachtsfeier. — **Motorfahrer.** 10. Januar in der Frisch-auf-Schänke Versammlung.

Gegen die Sportsteuern. Eine Protestkundgebung gegen den Plan einer städtischen Fahrradsteuer fand gestern auf Einladung des Bezirks Dresden des Bundes Deutscher Radfahrer im Kristallpalast statt. Der Bezirksvorsitzende des Deutschen Radfahrer-Bundes, Schweinitz, erklärte, eine derartige Steuer würde hauptsächlich das Publikum treffen, das infolge der Verteuerung der Fahrpreise die Straßenbahn nicht mehr benutzen könne. Wenn es wahr sei, daß das einzelne Fahrrad mit 150 M. Steuer belegt werden solle, so würde diese Abgabe in gar keinem Verhältnis zu der viel geringeren Automobilsteuer stehen. Der Redner ging dann, an die sportliche Seite einer Fahrradsteuer anknüpfend, zur Darstellung der steuerlichen Maßnahmen für Sportzwecke überhaupt über, schilderte die Wirkungen der Umsatzsteuer und einiger geplanter Abgaben, die gleichfalls den Sport treffen würden, und bezeichnete sie als eine Beeinträchtigung der körperlichen Volksertüchtigung.

Die Arbeiterradfahrer haben auf ihrem Bundestag ebenfalls voriges Jahr in Halle gegen Besteuerung des Fahrrads Stellung genommen und zur Hebung des Radfahrsports folgende Forderungen aufgestellt:

1. Daß in den Groß- und Kleinstädten und in den Dörfern die Durchgangs- und Ausgangsstraßen zu den Landstraßen sowie überall die wichtigen stark befahrenen und verkehrsreichen Verbindungsstraßen und Verbindungswege mit besonderen Radfahrerstreifen versehen werden, ferner
2. Freigabe aller Fußwege und Bankette außerhalb der Ortschaften für den Radfahrverkehr.
3. Umwandlung der Reitwege in Radfahrerwege.
4. Unentgeltliche Freigabe aller Turnhallen und Schulplätze zu Uebungsstunden der Radfahrer.
5. Einrichtung von geschlossenen Einstellräumen für Fahrräder in allen Gebäuden der Behörden und Verkehrsanstalten.
6. Abschaffung der Radfahrerkarte, Anerkennung des Mitgliedsbuches des Bundes als Ausweis.
7. Aufhebung der Besteuerung der Fahrräder.
8. Ermäßigung der Gebühren für Beförderung der Fahrräder auf der Eisenbahn im Lokalverkehr.

Arbeiter-Samariter. Bezirk Striesen. Heute Montag 8 Uhr, Uebung in der Deutschen Eiche, Huttenstraße.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220102/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG